

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Fritz Heckert
Vorbereitung mit dem Bürgerblock
Liebe in der letzten Reichstagsabstimmung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale /
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Wissen

Bezugspreis für den Monat (rei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Oberbahnstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17299 / Postfachnummer Dresden Nr. 13333. Emil Schlegel-Schiffbaustr. 2 / Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17299 / Drahtschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareillezeile oder deren Raum 0,20 RM., für Familienanzeigen 0,25 RM., für die Reklameweile einschließlich an den dreifach gefalteten Zeitungsseiten 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Sonntag, den 5. Februar 1927 Nummer 30

Der Organisator illegaler Kampfverbände v. Reubell beherbergt Schwarze Reichswehr Schantzai genommen

Ein entscheidender Sieg der Kantonnarmee
Ein vernichtender Schlag gegen den britischen Imperialismus.
Schantzai, 3. Februar. (Nachrichtagentur der chinesischen Nationalregierung.) Die Stadt Schantzai wurde heute von dem General Liang und mit Hilfe der Schantzaier Bürgerwehr von der weißgardistischen Armee geläubert und ist von der südchinesischen Revolutionärregierung besetzt worden. Die Armee Sunquansiangs ist vollkommen aufgelöst, zum Teil entwaffnet, zum Teil vertrieben. Die Armee der Nationalrevolutionäre in Südschina hat damit in Zusammenarbeit mit den Aufständischen der Proletariermassen der Stadt selbst den bedeutendsten aller ihrer bisherigen Siege erzielt. Der Kampf der letzten Wochen ging ausschließlich um den Besitz der Provinzstadt mit 3-4 Millionen Einwohnern und 1/2 Million industrieller Arbeiterkraft. Die Stadt beherbergt mit ihrem Riesenhafen ein Land, das an der Mündung des Jangtsiang-Kalles, an dem auch Hankau, die gegenwärtige Hauptstadt der revolutionären Südschina, liegt. Die Beherrschung der Stadt Schantzai ist militärisch, wirtschaftlich und politisch von einer Bedeutung, die kaum übertrieben werden kann. Militärisch ist Schantzai das Einfallstor der imperialistischen Flotte in das Jangtsiang-Tal. Wirtschaftlich ist Schantzai der größte Hafen und die größte Industrie- und Handelsstadt Chinas. Politisch bedeutet sie die Einbeziehung der fortschrittlichsten Massen in den Bereich der revolutionären Scharregierung und die Machtzentren der Revolution.
Die bürgerlichen Agenturen bringen über diesen Erfolg nur einige Zeilen. Die kapitalistischen Soldatentreue, die die

ungeheure Bedeutung der Befreiung Schantzais kennen, sind so bestürzt, daß sie diesen Sieg der revolutionären Bewegung gar nicht glauben wollen.
Ein Glückwunschtelegramm der KPD
zum Sieg über die Imperialisten
Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Das Zentralkomitee der KPD hat an das ZK der KP Chinas und an die südchinesische Nationalregierung, zu Händen des Außenministers Tschien Telegramme geschickt, in denen es im Namen des revolutionären Proletariats Deutschlands die chinesischen Revolutionäre beglückwünscht und der chinesischen Nationalarmee den Ausdruck der revolutionären Solidarität des ganzen deutschen Proletariats übermittelt zu dem ungeheuren Sieg über die Imperialisten.
Massenprotest gegen den SPD-Schwindel
Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
In 5 großen überfüllten Massenversammlungen, die noch durch Paralleloberammlungen erweitert werden mußten, gab gestern das Berliner Proletariat eine wichtige Antwort auf den infamen Granauschwindel der SPD-Führer. Die Ausführungen der Genossen Thälmann, Ebert, Hedert, Koenen und Caspar wurden immer wieder von lärmigen Beifallstundgebungen unterbrochen. In vielen nachfolgenden und wichtigen Versammlungen kam die Solidarität mit der Sowjetunion zum Ausdruck. Die Nachricht von der Eroberung Schantzais durch die chinesische Volksarmee löste begeisterte Beifallstürme aus.

demokratie auszuhalten.“ Aber der Pathos des Herrn Guérard kann nicht darüber täuschen, daß die SPD in Preußen und Baden doch den verdienten Zuhörerschaft zu gebühender Zeit bekommen. Herr Guérard bestreitet zwar, daß die Abmachungen über die Verfassung der Schule getroffen sind. Aber die Schule und die Erziehung müssen dem Staatszwang entzogen, dagegen aber den Religionsgemeinschaften der ihnen zukommenden Einfluß auf Schule und Erziehung eingeräumt werden. Das ist nichts anderes als das Konfessionsprinzip. Als Preis dafür wird das Zentrum gern früher oder später die Ausschiffung der SPD aus den Länderregierungen zahlen. Volkspartei und Deutschnationale werden trotz der Volemik über die Schulfrage, die Guérard zum Schluß seiner Ausführungen gegen den Volkspartei Schluß führte, nichts von diesem Preis abhandeln lassen.
Nach dieser, insbesondere für die SPD- und Zentrumsarbeiterkraft sehr bedeutsamen und aufschlußreichen Rede kamen aus der ersten Rednerreihe noch die Vertreter der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Balthischen zum Wort. Für die Partei der bayerischen Monarchisten erklärte Ebg. Reich kurz und bündig, daß seine Partei den Kurs der Bürgerblockpartei voll und ganz unterstützen werde.
Der Balthische Hennig erging sich in langatmigen Polemiken gegen seine deutschnationalen Monarchistenfreunde. So lange in Preußen nicht Ordnung geschaffen sei, könne von einem Kurswechsel nicht die Rede sein.
Der demokratische Abgeordnete Koch erging sich in Scheinoppositionellen Schamzügelereien. Er rebellierte dann von einer Nationalisierung des Finanzwesens, die sich in den Rahmen des Unitarismus bewegen und im Sinne Reichshalbs fortgeführt werden müsse. Die Demokraten werden, erklärte er zum Schluß, in einer solchen Opposition mehr leisten können und die Kontrolle darüber in der Hand haben, ob die Mitglieder der Regierung mit ihren Absichtlichen Schritt hätten können und wollen.
Die Sitzung wird um 3 Uhr auf eine Stunde unterbrochen.
Reubell, der Minister der bewaffneten Halantzenler.
Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 4 Uhr beantragte Genosse Sticker die sofortige Beantwortung einer von den Kommunisten eingebrachten Interpellation durch die Regierung, in der der Innenminister v. Reubell beschuldigt wird, daß er auf seinem Gut eine Abteilung der verbotenen Olympia-Organisation beherbergt habe, die er militärisch ausbilden ließ (siehe oben). Präsident Lobe läßt die sofortige Behandlung der Interpellation nicht zu, da ihr Inhalt der Regierung noch nicht bekannt sei und außerdem die geschäftsmäßige Zeit eingehalten werden müsse.
Die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei haben folgendes Vertrauensvotum eingebracht:
„Der Reichstag stützt die Bekämpfung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“

Die SPD hat immer Zentrumspolitik gemacht

Zentrumspolitik ist aber Bürgerblockpolitik.
Der zweite Tag der Bürgerblockdebatte.
Berlin, den 4. Februar 1927.
In der Fortsetzung der Bürgerblockdebatte im Reichstag kam am Freitag als erster Redner der jesuitisch-berufliche Feudalherr Guérard zu Wort. Er legte sich ausschließlich mit Herrn Herzmann Müller und Herrn Westarp auseinander, wobei er eine tolle Schale seiner Zornes und bitteren Spotts über die SPD auslegte. Über das interessanteste an der jesuitischen Rede ist, daß sie die Linie aufzeigte, die zur Bürgerblockdebatte führte und die Rolle der Sozialdemokraten kennzeichnete.
Die unterhaltende Rede des sozialdemokratischen Führers der Regierungserklärung, führte der rechte Zentrumredner aus, welche staatspolitische Gesichtspunkte, die im Zentrum nicht die Lösung ordnen lassen, daß die SPD auch in Zukunft trotz „Opposition“ ihre Aufgabe darin erblicken werde, Müller und Westarp des Reichs, also der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, zu sein. Da Dümmann, Freilich, Hilberding, Wels und Genossen quitierten diese Kennzeichnung ihrer Verantwortlichkeit am Proletariat mit lautem Beifall, während die Kommunisten rufen: „Mit Liebe rottet nicht! Der Redner des Zentrums läßt keine Hoffnung, daß die SPD trotz Opposition der Marx-Bürgerblock-Regierung ihre Mithilfe nicht verweigern werde und kommt ausdrücklich: aus der erfolgreichen gemeinsamen Arbeit des Zentrums und der Sozialdemokratie in der schweren Zeit, als das Reichsgefüge wankte und es das Vaterland (das ist die kapitalistische Ausbeutergesellschaft — d. B.) zu retten galt. (Beifall bei Zentrum und SPD.) Die gemeinsame Arbeit werde im Zentrumspartei nicht vergessen. Es werde die Führung mit der SPD nicht verloren gehen lassen. „Wir leben ja in einer Nachbarschaft mit der Sozialdemokratie zusammen und sind nur durch eine ganz dünne Linie getrennt.“ Auch diesen Hohn quitiert die SPD mit Beifall.
Doch es kam noch besser. Der Jesuit beitrifft, daß das Zentrum eine grundsätzliche Wendung vollzogen habe. „Das Ziel des Zentrums war immer die Festigung des Staates“ — das kapitalistische Staates natürlich. So seien sich auch heute die Vertreter der Bürgerblockparteien mit der Regierung einig. Das Zentrum will diese Masse wieder mit dem Staat (mit den Landmagnaten und Junkern) verbinden. Deshalb waren wir gewillt, die große Koalition als Stufe auf dem Wege zum Ziel herbeizuführen. Aber im vorigen Sommer hat sich die Sozialdemokratie an die Seite der Kommunisten gestellt, anstatt zusammenzukommen. Wir mußten deshalb die Koalition mit anderen bürgerlichen Parteien ins Auge fassen. Die Rede des Abgeordneten Schelldemann und der sozialdemokratischen Interpellation am 10. Dezember waren verfehlt. Man wußt nicht jemand, mit dem man sich an den Tisch (an den Regierungstisch — d. B.) setzen will, darüber aus dem Zimmer hinaus. Die Sozialdemokratie war es also, die das Zentrum in eine sehr schwierige Lage brachte. Ihrem Verhalten ist es zuzuschreiben, wenn der Reichspräsident schon im Dezember eine Regierung der Mitte nicht für möglich hielt, obwohl wir im Zentrum die Zeit für eine Rechtsregierung noch nicht für reif hielten.“
Der Zentrumsführer bestätigt also in vollem Umfange das, was die Kommunisten schon immer zur Kennzeichnung der Rolle der SPD gelagt haben.

Die SPD hat von jeher die Politik des liberalen Feudalismus, der kapitalistischen Industriellen und Junker gemacht. Diese Politik war gleichzeitig inner- und außenpolitisch die Politik der Industrieller, Großkapitalisten und der gesamten kapitalistischen Reaktion überhaupt. Die SPD wurde koalitionsunfähig, bestam als Lohn für ihre Verdienste an der Arbeiterklasse den Aufstieg, weil sie unter dem Druck der Arbeitermassen in eine Scheinopposition gegen die Führerabfindung und den Heine-Gehler trat. Und das, trotzdem sie als Regierungspartei in Preußen nach der Hohenzollern die Milliardenabfindung in den Taschen warf.
Und wie ist die Rolle der deutschnationalen Opposition im Lichte der Zentrumspolitik aufzufassen? Das Zentrum, als die Partei des geistigen Terrors, nahm die deutschnationale Opposition immer als das Theater, was sie ist: als Zwitterdienstleistung auf dem Wege zur Restauration des kapitalistischen Ausbeuterstaates. Als das kennzeichnete Guérard auch die Bürgerblockprogrammrede Westarps. „Wir können einer ungeschickten Rede niemals eine zu große Bedeutung beimessen“, sagte er. Wenn die Wiffen Curtius geschickter sei, so deshalb, „weil die Wendung nach rechts nicht unter Führung von rechts stehen konnte“ — d. h., weil den Zentrumsarbeitern der Reichstags verwickelt werden mußte. In der Regierungserklärung sei das Verfassungswort von Locarno als verfassungsmäßig von den Deutschnationalen anerkannt und protokolliert worden. Die klügeligen Höflichkeit-Rufe der SPD nimmt Guérard als einen Beweis dafür auf, daß
alle Parteien von den Deutschnationalen bis zur SPD in der Außenpolitik auf einer Linie stehen.
Daß Schwierigkeiten in bezug auf das Verbotnis zur Republik in den Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu überwinden gewesen seien, ist bei der Stellung der Partei Westarps selbstverständlich. Doch das Zentrum betreibt Koalition. Natürlich müsse die Bergangenheit geehrt und geschätzt werden. Das Zentrum habe niemals, weder in der Presse noch in Verammlungen, die monarchistische Bergangenheit geschmäht. (Natürlich, weil das Zentrum heute noch ebenso monarchistisch ist wie ehemals — d. B.) „Weil wir Koalition treiben, verlangen wir auch von der Partei des Großen Westarp kein Opfer der Ueberzeugung, wie wir auch von der Sozialdemokratie in unserer langen erfolgreichen Zusammenarbeit niemals ein Opfer der Ueberzeugung insbesondere in Weltanschauungsfragen, verlangt haben“, versichert der Führer des Zentrums. Programmatische Grundzüge der Parteien sind also nach diesem Bekenntnis, das der Sozialdemokrat Dümmann mit „lehr richtig“ quittiert, Opium für die Wählermassen; die tatsächliche Politik der bürgerlichen Parteien und der SPD aber richtet sich immer nach den Interessen der Bourgeoisie.
Mit erhobener Stimme bestreitet Guérard die Behauptung des Großen Westarp, das Zentrum habe sich von der Sozialdemokratie gelöst. „Das Zentrum denkt nicht daran, in Preußen die Koalition mit der Sozialdemokratie aufzugeben. Das Zentrum bestimmt selbst sein Verhältnis zu anderen Parteien! Es denkt nicht daran, die wertvolle und bewährte Mitarbeit der Sozial-

demokratie auszuhalten.“ Aber der Pathos des Herrn Guérard kann nicht darüber täuschen, daß die SPD in Preußen und Baden doch den verdienten Zuhörerschaft zu gebühender Zeit bekommen. Herr Guérard bestreitet zwar, daß die Abmachungen über die Verfassung der Schule getroffen sind. Aber die Schule und die Erziehung müssen dem Staatszwang entzogen, dagegen aber den Religionsgemeinschaften der ihnen zukommenden Einfluß auf Schule und Erziehung eingeräumt werden. Das ist nichts anderes als das Konfessionsprinzip. Als Preis dafür wird das Zentrum gern früher oder später die Ausschiffung der SPD aus den Länderregierungen zahlen. Volkspartei und Deutschnationale werden trotz der Volemik über die Schulfrage, die Guérard zum Schluß seiner Ausführungen gegen den Volkspartei Schluß führte, nichts von diesem Preis abhandeln lassen.
Nach dieser, insbesondere für die SPD- und Zentrumsarbeiterkraft sehr bedeutsamen und aufschlußreichen Rede kamen aus der ersten Rednerreihe noch die Vertreter der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Balthischen zum Wort. Für die Partei der bayerischen Monarchisten erklärte Ebg. Reich kurz und bündig, daß seine Partei den Kurs der Bürgerblockpartei voll und ganz unterstützen werde.
Der Balthische Hennig erging sich in langatmigen Polemiken gegen seine deutschnationalen Monarchistenfreunde. So lange in Preußen nicht Ordnung geschaffen sei, könne von einem Kurswechsel nicht die Rede sein.
Der demokratische Abgeordnete Koch erging sich in Scheinoppositionellen Schamzügelereien. Er rebellierte dann von einer Nationalisierung des Finanzwesens, die sich in den Rahmen des Unitarismus bewegen und im Sinne Reichshalbs fortgeführt werden müsse. Die Demokraten werden, erklärte er zum Schluß, in einer solchen Opposition mehr leisten können und die Kontrolle darüber in der Hand haben, ob die Mitglieder der Regierung mit ihren Absichtlichen Schritt hätten können und wollen.
Die Sitzung wird um 3 Uhr auf eine Stunde unterbrochen.
Reubell, der Minister der bewaffneten Halantzenler.
Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 4 Uhr beantragte Genosse Sticker die sofortige Beantwortung einer von den Kommunisten eingebrachten Interpellation durch die Regierung, in der der Innenminister v. Reubell beschuldigt wird, daß er auf seinem Gut eine Abteilung der verbotenen Olympia-Organisation beherbergt habe, die er militärisch ausbilden ließ (siehe oben). Präsident Lobe läßt die sofortige Behandlung der Interpellation nicht zu, da ihr Inhalt der Regierung noch nicht bekannt sei und außerdem die geschäftsmäßige Zeit eingehalten werden müsse.
Die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei haben folgendes Vertrauensvotum eingebracht:
„Der Reichstag stützt die Bekämpfung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“